

# Bauern in Torschlusspanik

**Arbeitsmarkt** Der lautstarke Streit um den Mindestlohn täuscht. Die Wirtschaft dreht bei. Immer mehr Problembranchen schließen eilig Tarifverträge ab.



Arbeitsministerin Nahles: Sanfter Druck

Der neue Mindestlohn ist noch gar nicht Gesetz, doch die Beamten im Bundesarbeitsministerium spüren ihn schon jetzt. Zumindest jene, die ihre Mittagspause in der Kantine verbringen.

Die drei Menüs, die dort täglich angeboten werden, sind einige Cent teurer geworden. Der Pächter, der die Kantine betreibt, garantiert seinen Mitarbeitern nämlich schon jetzt einen Lohn von mindestens 8,50 Euro brutto in der Stunde – wie es alle externen Dienstleister des Ministeriums tun müssen. Die alten Preise für Eintopf, Schnitzel oder Currywurst waren daher nicht zu halten.

Preisanstieg in Kantinen – die Mindestlohn-Gegner bei CDU und CSU durften sich bestätigt fühlen. Für sie war die Einführung der gesetzlichen Untergrenze schon immer so etwas wie der Anfang vom Ende des Abendlandes: Massiver Stellenabbau drohte, wetterten sie. Preisanstieg! Firmenpleiten! Und nicht zuletzt das Ende der deutschen Spargelproduktion.

Die ernsthafte Bilanz des Mindestlohns steht natürlich noch aus. Aber derzeit sind renitente Unionspolitiker mit ihrem Furore ziemlich allein. Sie kämpfen zwar weiter lautstark um Ausnahmen für möglichst viele Branchen und Personengruppen. Aber Betriebe und Branchen stellen sich längst auf den neuen Mindestlohn ein.

Sie müssen jetzt rasch lernen, mit ihm zu leben.

Die Zeit drängt: Branchen können die Zahlung des gesetzlichen Mindestlohns von 8,50 Euro bis 2017 hinausschieben, wenn es ihnen gelingt, noch in diesem Jahr einen bundesweiten Tarifvertrag abzuschließen. Dann sind auch Löhne unterhalb von 8,50 Euro erlaubt. Unbemerkt, aber unaufhaltsam führt das Projekt Mindestlohn so zu einer Wiederbelebung der über Jahre arg gerupften deutschen Tariflandschaft.

Arbeitgeberverbände, die teilweise jahrelang keine Notwendigkeit für Lohn-Tarifverträge sahen, haben sich mittlerweile auf Abschlüsse eingelassen. Die Löhne von Frisuren, Fleischern oder Forstarbeitern werden nun bis spätestens Ende 2016 auf 8,50 Euro steigen. Nach einer Analyse des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung stiegen je nach Branche die untersten Gehälter im vergangenen Jahr zwischen 2 und knapp 14 Prozent. In 11 von 14 Wirtschaftszweigen liegen die Branchenmindestlöhne bereits über 8,50 Euro.

Als Problemfälle übrig geblieben waren zunächst jene Branchen, die dachten, der Kelch würde doch noch an ihnen vorübergehen. Nun suchen sie eilig nach einer Lösung für Erntehelfer, Taxifahrer oder Zeitungsausdräger.

Knapp drei Wochen bleiben noch Zeit, bis der Bundestag am 4. Juli die gesetzlichen Lohnuntergrenzen endgültig beschließt. Im Büro von Arbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) geben sich inzwischen Gewerkschaftsfunktionäre und Arbeitgeberlobbyisten die Klinke in die Hand. Von „Informationsgesprächen“ ist offiziell die Rede. Torschlusspanik könnte man es auch nennen.

So ringt derzeit die Hotel- und Gaststättenbranche um einen Tarifvertrag für die gesetzlich erlaubte Übergangslösung für die rund 1,8 Millionen Beschäftigten der Branche. Am vergangenen Mittwoch ließ sich Ressortchefin Nahles über den Stand informieren. Arbeitgeber und Gewerkschafter erschienen getrennt – zuvor hatten sie sich in ihren Verhandlungen völlig verkeilt. Die nächste Gesprächsrunde soll nun spätestens im August stattfinden.

Ähnliches gilt für die Landwirtschaft, wo 314 000 Saisonkräfte arbeiten. Zwar hatte die Union die Zukunft der Spargelstecher und Gurkenpflücker zwischenzeitlich zur nationalen Standortfrage hochgejazzt. Ausnahmen wird es aller Voraussicht nach trotzdem nicht geben. Die Experten im Arbeits- wie im Landwirtschaftsministerium sind sich nämlich einig, dass man die Erntehelfer nicht einfach vom Mindestlohn ausnehmen kann. 90 Prozent kommen aus dem Ausland, die meisten aus Polen und Rumänien. Würde man sie anders behandeln als ihre einheimischen Kollegen, könnte das gegen Europarecht verstoßen. Sogar die Arbeitgeber räumen dieses Problem ein. Allerdings hoffen sie nun wenigstens auf eine Art von politischem Gegengeschäft.

Die Union dringt darauf, der Branche wenigstens an anderer Stelle eine Wohltat zu verschaffen, wenn am Mindestlohn schon kein Weg vorbeigeht – beispielsweise bei den Sozialabgaben oder Steuern für Erntehelfer. Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt unterstützt den Schutz vor Niedriglöhnen inzwischen sogar „ausdrücklich“. Der CSU-Politiker räumt aber ein, es müsse geprüft werden, „ob bei kurzfristig beschäftigten Saisonarbeitern in Obst- und Gemüsebau die besonders schmale Ertragssituation der Betriebe abgebildet werden kann“.

Doch am Ende werden sich auch die deutschen Bauern ins Unvermeidliche fügen müssen. Denn wer bis zum Jahresende keinen Tarifvertrag hat, muss bereits von 2015 an, in wenigen Monaten also, den Mindestlohn von 8,50 Euro zahlen. Deshalb beginnen für Erntehelfer in Landwirtschaft und Gartenbau am 3. Juli die Verhandlungen über einen gemeinsamen Mindestlohnvertrag – einen Tag vor der Abstimmung im Bundestag.

Markus Dettmer  
Cornelia Schmeigal